

Editorial

Rechtsradikalismus tritt als gesellschaftliche (Rand-)Erscheinung nicht nur in den Ländern Mittel- und Osteuropas auf, sondern auch in Westeuropa. Dennoch haben die rasant vollzogenen Veränderungsprozesse in Mittel- und Osteuropa in den vergangenen zwei Jahrzehnten insbesondere dort zu „sozialen Spannungen und Frustrationen, zu politischen Konflikten und Identitätskrisen“ (Britta Schellenberg) geführt, die – in unterschiedlichem Ausmaß – ein Erstarken national(istisch)er Tendenzen in diesen Gesellschaften zur Folge hatte. Vor allem die Verlierer der Transformation flüchteten und vereinten sich in ideologisch schillernenden und in ihren Fundamenten schwer zu definierenden Gruppierungen, um sich dort insbesondere durch die demonstrative Abgrenzung von (noch) schwächeren Minderheiten und Bevölkerungsgruppen – z. B. Homosexuellen, Juden, Roma und Sinti, Menschen mit Behinderung usw. – wieder stark zu fühlen. Die gerade erst angeeigneten demokratischen Prozesse werden von diesen Gruppierungen abgelehnt und oftmals der Sehnsucht nach einem vermeintlich starken Staat(sführer) geopfert.

Das Ausmaß dieses Phänomens ist in den Ländern Ost- und Mitteleuropas allerdings sehr unterschiedlich, ebenso seine Erscheinungsform. In dem einem Land wird es durch das Erstarken radikaler politischer Parteien sichtbar (z. B. Ungarn, Ukraine), in einem anderen durch die Bildung politischer Gruppierungen mit – teils getarntem – antisemitischem Grundkonsens (Rumänien), wieder in einem anderen durch gesellschaftlich latent vorhandene Xenophobie ohne Zugang zur Öffentlichkeit oder Parteien (z. B. Russland) oder ohne entschiedenen Widerstand in der Politik (z. B. Polen).

Das vorliegende Heft möchte einen Einblick in ausgewählte, vor allem auch aktuelle Aspekte der diesbezüglichen Situation bieten, ohne freilich dem Anspruch gerecht werden zu können, dieses sensible und schwer greifbare Thema vollständig zu erfassen.

Die Redaktion